

Aufsteiger des Jahres

Der Thurgauer SVP-Nationalrat Pascal Schmid sitzt erst seit 2023 im Parlament. Trotzdem ist er bereits der wichtigste Gegenspieler von Bundesrat Beat Jans.

Von Hubert Mooser, Weltwoche, 23.12.2025

Pascal Schmid ist ein Glücksfall für die SVP. Der Thurgauer Nationalrat gilt zwar als Asyl-Hardliner, aber bei ihm merkt man es weniger als bei andern in der Fraktion. Mit seiner unaufgeregten Art gelingt es dem früheren Richter immer wieder, Mehrheiten im Parlament zu finden. Er ist erst seit 2023 im Bundeshaus und bereits der grosse Gegenspieler von Bundesrat und Justizminister Beat Jans (SP).

Wurden in den Jahren zuvor Vorstösse der SVP zur Asylverschärfung konsequent abgelehnt, schaffte die SVP mit Schmid einige beachtliche Erfolge. Anfang Jahr stimmten National- und Ständerat für zwei SVP-Motionen zur Bekämpfung der Asylkriminalität. Die eine reichte Schmid selber ein, die andere hinterlegte der Aargauer Partei- und Ratskollege Christoph Riner.

Umdenken ist spürbar

Darin verlangten sie, dass Personen im Asylverfahren – also Asylsuchende, Personen mit Status S, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge, die wegen eines Verbrechens verurteilt worden sind – vom Asylverfahren ausgeschlossen werden oder dass man ihnen den Schutzstatus entzieht. Zudem soll ihre Bewegungsfreiheit bis zur Ausschaffung eingeschränkt werden. Dass beide Kammern dem Vorschlag zustimmten, war eine Überraschung.

Wo es um Kursänderungen geht, verweigert selbst die bürgerliche FDP der SVP die Gefolgschaft.

Schmid sagt, dass bei der Ausländerkriminalität ein verhaltenes Umdenken zu beobachten ist: «Die Mehrheit im Parlament befürwortet eine härtere Gangart.» Serien-Einbrüche, Gewaltdelikte, Vergewaltigungen, begangen durch Ausländer und Asylsuchende, lassen sich wegen ihrer Häufung nicht mehr schönreden. Viele Familien machten sich Sorgen um ihre Kinder. Wenn selbst linksliberale Politikerinnen wie die Zürcher GLP-Ständerätin Tiana Moser Vorstösse einreichen für eine raschere Ausschaffung von Asylkriminellen nach ihrer Haftverbüsung, die sie früher abgelehnt haben, muss das Problem akut sein.

Einen weiteren Meilenstein setzte SVP-Ständerätin Esther Friedli. Sie erreichte, dass der Bundesrat den Schutzstatus S für Ukrainer geografisch einschränken muss. Es hilft der SVP auch, dass sich innerhalb der EU langsam die Erkenntnis durchsetzt, dass die Migration zu stark ist. Schmid ist allerdings Realist genug, um zu wissen, dass dies allenfalls Tropfen auf einen heissen Stein sind. «Die dringend nötige Asylwende ist das alles noch nicht», betont er.

Wo es um grundlegende Kursänderungen geht, verweigert selbst die bürgerliche FDP der SVP die Gefolgschaft. So scheiterte ein Vorstoss Schmidts, die einschlägigen Gesetze dahingehend zu ändern, dass Asyl bloss noch für zwei Jahre gewährt wird. Heute laute die Devise «Einmal Asyl, immer Asyl». Nach einer Überprüfung könne man das Bleiberecht um jeweils zwei Jahre verlängern. Er verwies dabei auf entsprechende Regeln in Dänemark und Schweden. Schmid nennt es im Vorstoss die «Rückkehr zum Kerngehalt des Asylsystems».

Fragwürdige Geschenke

Das ist aus seiner Sicht bitter nötig. Schmid weist darauf hin, wie Bundesrat Jans, seine Migrationsbehörde und die Gerichte schleichend das Asylsystem ausdehnen und geltendes Recht aushebeln. Unter dem Deckmantel nebulöser Sonderhilfeeinsätze werden immer mehr Leute aufgenommen, denen das Aufenthaltsrecht geschenkt wird.

Da werden Migranten in Notlage mit «humanitären Visa» eingeflogen. Mit der Teilnahme am «Resettlement-Programm der Uno» siedelt das Staatssekretariat für Migration (SEM) schutzbedürftige Personen aus Flüchtlingslagern in die Schweiz um. Der Familiennachzug ist eine weitere Strategie, um das Land für Migration zu öffnen. Und für die ukrainischen Kriegsgeflüchteten hat man den Status S wiederbelebt, der ihnen ein Bleiberecht garantiert.

Jetzt haben Bundesrat und Parlament auch noch die freiwillige Übernahme des EU-Solidaritätsmechanismus beschlossen, was zu noch mehr Asylsuchenden in der Schweiz führt. Ein Verhandlungsmandat ist bereits verabschiedet, nachdem das Parlament erst im September diesem gegen die SVP zugestimmt hatte. «Hier drückt der Bundesrat aufs Gas. Geht es um die wenigen vom Parlament beschlossenen Verschärfungen, lässt sich Bundesrat Jans sehr viel Zeit», moniert Schmid. Der SVP-Nationalrat, Aufsteiger des Jahres im Bundeshaus, wird auch 2026 die Debatten in der Migrationspolitik prägen – sehr zum Leidwesen von Justizminister Jans, der als Umweltnaturwissenschaftler gegenüber dem ehemaligen Gerichtspräsidenten Schmid fachlich oftmals alt aussieht.

<https://weltwoche.ch/story/aufsteiger-des-jahres/>